

Selbst nach Fall Hefenhofen

Die Täter haben leichtes Spiel

In der Schweiz häufen sich Verfahren wegen **Tierquälerei**. Doch Straftaten gegen Tiere werden noch immer bagatellisiert.

LISA AESCHLIMANN

Seit 2017 steht der Name eines kleinen Dorfs im Oberthurgau sinnbildlich für Tierquälerei.

Der Bauer Ulrich K.* (54) aus Hefenhofen TG soll seine Tiere über Jahre hinweg vernachlässigt und misshandelt haben: Stuten liess er trotz schwerer Verletzungen und infizierter Wunden nicht behandeln, er schlug seine Tiere mit Stöcken, liess sie verfäule Futterreste voller Plastikrückstände fressen.

Kontrolleure fanden auf seinem Hof knapp ein Dutzend Fohlen, die bis auf die Knochen abgemagert waren. Ein



Bauer Ulrich K. (r.) mit seinem Anwalt auf dem Weg ins Gericht.

Pferdeskelett lag seit Wochen im Dreck. Diese Woche stand der Bauer wegen mehrfacher Tierquälerei vor Gericht. Das Urteil wird für Ende März erwartet.

Strafverfahren wegen Tierquälerei nehmen seit Jahren zu. Das zeigt der aktuelle Tierschutzbericht des Bundesamts für Landwirtschaft. Während 2017 erst 475 Fälle gemeldet wurden, waren es 2021 bereits 721.

Und doch brauchen viele Tierquäler auch heute nur selten Konsequenzen zu fürchten. Zu diesem Schluss kommt die Stiftung für das Tier im Recht, die seit fast 20 Jahren systematisch Strafbefehle und Urteile zum Tierschutz auswertet. In ihrer neuesten Analyse heisst es, dass der «Vollzug weiterhin zahlreiche Mängel aufweist und Tierschutzverstösse oftmals bagatellisiert werden».

Die Dunkelziffer bei Tier-schutzdelikten sei hoch, ausgefallte Strafen stünden häufig in keinem Verhältnis zum entstandenen Tierleid – fehlbare Halter wurden im Schnitt mit 400 Franken gebüsst.



Hefenhofen war auch deswegen möglich, weil die Behörden jahrelang krass versagten: Der Name Ulrich K. war den Behörden seit Jahrzehnten bekannt, zahlreiche Drohungen gegen Beamte wurden aktenkundig. Das Thurgauer Veterinäramt stellte gemäss Anklageschrift bereits 2013 Tierschutzverstösse fest.

Wenige Tage nachdem Blick die Zustände 2017 publik machte, räumten die Behörden K.s Hof. Ermittelt wird auch gegen den langjährigen Kantonstierarzt

Kritik an der Waadtländer Steuerektorin

Sie zahlte nie Steuern im Ka

Trotz Milizamt und Doktorat in der Waadt war Valérie Dittli bis 2021 im Kanton Zug gemeldet. Mit den Steuern habe das nichts zu tun, versichert sie.

Die Waadtländer Steuerektorin hat noch nie Steuern in der Waadt gezahlt. Damit habe die Mitte-Regierungsrätin Valérie Dittli (30) laut Schätzungen von Radio RTS 20000 Franken gespart. Denn sie behielt von 2016 bis 2021 ihren Wohnsitz im Tief-

steuerkanton Zug, obwohl sie in Lausanne VD doktorierte – und in der Waadt politisch aktiv war. Dafür erntete sie harsche Kritik. Seitdem hängt ihr der Ruf nach, ihre Steuern zu «optimieren».

Es war aber kein Trickli, versichert Dittli. Einen Grossteil des Doktorats habe sie vom Elternhaus in Oberägeri aus bewältigt. Und für ihre Assistenzstelle habe sie viel in der Rechtswissenschaftlichen Bibliothek der Uni Zürich gearbeitet.

Zur gleichen Zeit amte sie als Präsidentin der Mitte-Partei im Waadtland.

Kein Problem, findet Dittli: «Ich war die Corona-Präsidentin der Partei. Fast alle Sitzungen fanden via Zoom statt.»

Anfang des Jahres 2021 verlegte sie ihren Steuersitz schliesslich nach Lausanne. Denn Valérie Dittli kandidierte dort für den Grossrat. Als die Mitte bei den Wahlen erfolglos blieb, änderte sie ihren Wohnsitz wieder auf Zug. Auch dies nicht aus steuerlichen Gründen, wie sie betont: Auf die 1700 Franken Praktikumslohn, die sie zu jener Zeit in Bern verdiente, hätte sie in



Dringender Handlungsbedarf bestehe in den Kantonen Tessin, Ob- und Nidwalden, Genf und Wallis.

Die Veterinärämter haben durchaus Möglichkeiten, um gegen Tierquälerei vorzugehen. In gravierenden Fällen können Tierärzte Halterinnen oder Haltern das Tier wegnehmen. In Zürich und Bern geschieht dies gemäss den kantonalen Ämtern rund 50 Mal im Jahr, also etwa einmal in der Woche, im Aargau oder in der Waadt sind es jährlich rund 20 Mal, Tendenz steigend.

Meistens geht es um Hunde, die von ihren Haltern vernachlässigt oder misshandelt werden. In der Landwirtschaft sind Rinder und Pferde betroffen. Die meisten sind krank, abgemagert oder aggressiv.

Für die Veterinäre sind es meist schwierige Einsätze: Vom Einschalten eines Anwalts bis hin zu Tätlichkeiten müsse man mit allem rechnen, heisst es bei den Ämtern.

Im Kanton Zürich werden Tierärzte bei solchen Einsätzen deshalb von der Polizei begleitet. Im Kanton Bern geht schätzungsweise jeder dritte Halter juristisch gegen eine Beschlagnahme vor – zum Teil folgen jahrelange Beschwerdeverfahren. ● *Name der Redaktion bekannt

Tierschützer protestieren mit Bildern von Ulrich K.s misshandelten Pferden vor dem Gerichtsgebäude.

Paul Witzig (67). Er soll Meldungen über vernachlässigte und verendete Tiere ignoriert und Kontrollen nur nach Vorkündigung durchgeführt haben.

Vanessa Gerritsen von der Stiftung für das Tier im Recht (TIR) sagt: «Die Kantonsregierungen können es sich heute kaum mehr leisten, einen Fall so aus dem Ruder laufen zu lassen wie Hefenhofen.»

Der Kanton Thurgau liess den Fall damals extern untersuchen, führte bald darauf eine umfassende Gesetzesrevision durch und verbesserte den Tierschutz.

Andere Kantone – durch den Skandal sensibilisiert – zogen nach: Heute gibt es mehr spezialisierte Dienststellen bei Polizei und Staatsanwaltschaft, die verschiedenen Stellen arbeiten enger zusammen. Als Vorbild nennt Gerritsen die Kantone Bern, Zürich und St. Gallen.

Dennoch, sagt Gerritsen, gebe es auch heute «massive Tierquälereien», die ungenügend verfolgt und sanktioniert würden. «Oftmals wird erst durchgegriffen, wenn Tiere bereits in einem schlechten Allgemeinzustand oder sogar tot sind.»

nton

Lausanne sogar weniger Steuern bezahlen müssen.

«Ich sah meine berufliche Zukunft in der Zentralschweiz. Ich habe mich auch gefragt, an wen ich das Mitte-Präsidium abgeben könnte», so Dittli. Sie habe aber niemanden gefunden. Dass sie einmal für den Regierungsrat kandidieren würde, habe sie damals nicht geahnt. An der Sitzung, bei der sie nominiert wurde, nahm sie aus Bern oder Zug teil – via Zoom.

Dittli ist sicher nicht die Einzige, die während des Studiums ihren Wohnsitz



bei den Eltern behielt. FDP-Grossrat Marc-Olivier Buffat (61) verteidigte Dittli auf Twitter: «Von Steueroptimierung zu sprechen, ist nicht angebracht.» Er sei sicher, würden ihre Eltern im Jura oder in Basel wohnen, hätte sie nicht anders gehandelt. Das Echo von links war bedeutend heftiger. SP-Nationalrätin Ada Marra (49) warf Dittli vor, eine «Staatsrätin ohne Boden» zu sein, die den Kanton Waadt «nicht liebe».

Ganz aus der Luft gegriffen ist das nicht. Wirklich in der Waadt verwurzelt war Dittli als Mitte-Präsidentin kaum. Aber: «Während der Kampagne letztes Jahr habe ich den Kanton richtig kennenlernen dürfen.» Seither hat Dittli ihren Wohnsitz auch wieder in der Waadt. ●

THOMAS MÜLLER